



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Anträge 050. und 051. sowie Postulat GR Nr. 2025/572

Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. bis 052. (Postulat GR Nr. 2025/572)

Kommissionsminderheit:

Michael Schmid (AL) zieht die Anträge der Minderheit zurück: Schutz & Rettung (SRZ) lagert wie viele andere städtische Dienstabteilungen Dienstleistungen wie bspw. Einsatzpläne für Brandmeldeanlagen in die Cloud aus, insbesondere auch Clouds von US-amerikanischen Dienstleistern. Dabei beachtet SRZ lediglich Datenschutzvorgaben. Schützenswerte Personendaten lagert SRZ nicht in die Cloud aus, weil bekannt ist, dass die Daten der US-Regierung zur Verfügung stehen und der Zugriff darauf ohne Zustimmung der Dateneigner oder Rechtsverfahren passiert. SRZ hat nicht auf dem Schirm, dass auch die Verfügbarkeit der Daten mit Auslagerung an US-Clouds gefährdet ist. US-Behörden können Firmen mit Sitz in den USA anweisen, die Dienste gewisser ihrer Kunden zu sperren, egal wo sie sich befinden, mit welcher lokalen Tochtergesellschaft Verträge abgeschlossen wurden und welche Gesetze vor Ort gelten. Auch da steht der Rechtsweg nicht zur Verfügung. Es ist nicht auszuschliessen, dass die US-Regierung auch in der Schweiz und in Zürich zum Durchsetzen ihrer Interessen Zugänge sperren lässt oder damit droht. Das ist kein theoretisches Hirngespinnst: Im Jahr 2019 hat Adobe Inc. auf Geheiss der US-Regierung den Zugang zu Diensten und Daten für alle Einwohnenden von Venezuela gesperrt. Sie haben ihre Daten in der Adobe-Cloud dauerhaft verloren. Ein zeitlich und geografisch näheres und beunruhigenderes Beispiel hat sich dieses Jahr zugetragen: Im Februar 2025 hat Microsoft dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, den Zugang zu seinen Diensten entzogen. Das war eine explizite Sanktionsmassnahme, weil Karim Khan eine Anklage erhoben hatte, die dem US-Präsidenten nicht genehm war. Die beiden Beispiele zeigen, dass der Entzug von Daten und Infrastruktur, die bei Dienstleistern mit engem Bezug zu den USA abgelegt sind, jederzeit vollzogen werden kann. Egal wo die Server stehen, auf denen die Daten abgelegt sind. Unsere Notfallorganisationen sollten diese nicht für einsatzrelevante Aufgaben nutzen, wenn wir uns nicht erpressbar machen lassen wollen. SRZ ist mit dem Bewusstsein offenkundig nicht weit. Sie konnten auch nicht beantworten, welche Projekte für die weitere Cloud-Auslagerung geplant sind – in ihrer Antwort haben sie nur bereits ausgelagerte Projekte aufgeführt. Da die Anzahl der Auslagerungen im Jahr



2026 unklar ist, können wir die Rückabwicklung mit dem gestellten Antrag nicht bearbeiten. Der Korrektheit halber ziehen wir den Antrag zurück. Die Thematik ist damit nicht abgeschlossen. Mit der Motion GR Nr. 2025/433 fordern wir die Beendigung der Zusammenarbeit mit US-Anbietern für Datenspeicherung und -verarbeitung. Wir fordern SRZ und andere Dienstabteilungen auf, nicht in die Auslagerung in Microsoftdienste zu investieren, weil diese höchstwahrscheinlich bald rückgängig gemacht werden muss.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5502/2025): Wir wären der Argumentation von Michael Schmid (AL) gefolgt. Wir sehen es ähnlich, nicht mit den gleichen Beispielen, aber es ist tatsächlich ein Problem. Wir haben eine Datenschutzbeauftragte in der Stadt. Sensitive Daten müssen unbedingt in der Schweiz gelagert werden. Aus dem Grund haben wir das Postulat eingereicht. Ich glaube, die Grünen werden noch einen Textänderungsantrag stellen, in dem explizit verlangt wird, dass nicht nur Betreiber, sondern auch beauftragte Dienstleister mitgemeint sind. Ich kann bereits ankünden, dass wir diese Textänderung annehmen. Wir sind der Meinung: Wehret den Anfängen. Schaut, dass die Daten in der Schweiz gelagert werden, dass wir nicht von aussen erpresst und unsere Daten zweckentfremdet werden können. Es handelt sich um sehr viele personenbezogene Daten. Bei Webseiten braucht es Datenschutzerklärungen. Ihr seht also, dass personenbezogene Daten heikel sind. Denkt an die Steuerdaten der Stadt, bei denen wir nicht wollen, dass sie ins Ausland geraten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat hat das Postulat so verstanden, dass es nicht spezifisch auf SRZ abzielt, sondern auf die gesamte IT der Stadt. Wenn die Begründung wie gerade mündlich abgegeben verschriftlicht gewesen wäre, hätten wir es entgegengenommen. Aber es steht «sämtliche Daten» und «künftig ausschliesslich». Es ist so absolut, dass es unrealistische Erwägungen schürt. Der Stadtrat arbeitet bereits in diese Richtung. Vor einem Jahr habe ich Organisation und Informatik (OIZ) den Auftrag erteilt, Schritt für Schritt zu prüfen, wie wir aus dieser Abhängigkeit finden und mehr Datensouveränität erreichen. Aber meine Damen und Herren: Zu glauben, dass SAP wegen uns in der Schweiz ein Rechenzentrum eröffnet, ist nicht realistisch. Ebenso wenig zu meinen, dass wir uns einfach von SAP lösen könnten. Bei gewissen Dienstleistungen haben wir wenige Alternativen und wir können froh sein, dass die EU, die Sie immer verteufeln, in Sachen Datenschutz teilweise ambitionierter unterwegs ist als die Schweiz. Es gibt aber gewisse Grenzen. Wir fokussieren unsere Tätigkeiten auf die Anbieter, die klar den problematischen US-Bestimmungen unterliegen. Im SAP-Bereich ist das Postulat nicht realistisch, ausser Sie wollen die Stadt Zürich lahmlegen. Dann bekommen Sie kein Budget mehr zugeschickt. Das ist nicht realistisch und das Postulat zu radikal formuliert.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Wir danken für den Hinweis STR Daniel Leupi und stellen einen Textänderungsantrag, um im eigenen Namen das zitierte «sämtliche» zu streichen.



Dr. Florian Blättler (SP): Der Vorstoss zeigt exemplarisch, dass grundsätzliche Probleme keine Frage der Fraktion sind, sondern des Interesses an der Stadt Zürich. Wir sind in einem rechtlichen System, in dem Staaten wie die USA oder andere totalitäre Systeme auf Daten Zugriff verlangen, egal wo sich diese befinden. Zwar bietet Microsoft gegen einen kleinen Aufpreis an, Daten auf europäischen Servern zu speichern, aber wie der französische Senat bestätigen kann, bedeutet das nicht, dass diese Daten vor amerikanischem Zugriff sicher wären. Am Ende geht es um die Sicherheit der Daten der Bewohner*innen dieser Stadt. Dafür müssen wir kämpfen und das Postulat überweisen.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Es kommt selten vor, dass ich mit allen Vorredner*innen einig bin. Damit die Datensouveränität Realität wird, sollten nicht nur Betreiber, sondern auch Dienstleister unserer Rechtsordnung unterstehen. Darum haben wir folgende Textänderung beantragt: «Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.» Es geht in unserer Textänderung um Souveränität, Datenschutz, Antifaschismus und lokale Wertschöpfung. Souveränität ist zentral für Daten. Die Verwaltung würde ohne diese Systeme nicht funktionieren. Wir kennen die Geschichte von US-Interventionen in verschiedenen Ländern und wissen alle, was für ein faschistischer Clown aktuell im Weissen Haus sitzt. Deswegen ist es klar, dass wir handeln und jetzt die Daten der Einwohner*innen, die eine kritische Infrastruktur sind, sichern müssen. Als netten Nebeneffekt können wir damit in Richtung Open source, lokale Wertschöpfung und Datenschutz gehen.

Patrick Stählin (GLP): Es freut mich ausserordentlich, dass die SVP den Datenschutz entdeckt hat. Auf nationaler Ebene sind wir noch nicht so weit. Ich lese aus dem Postulat aber eher Nationalismus als wirklichen Datenschutz heraus. Daten, die in der Schweiz liegen und verarbeitet werden, gelangen unter Umständen ins Ausland. Das Internet kennt keine Landesgrenzen. Ich finde, wir sollten uns lieber den höheren Datenschutzstandards der EU unterstellen bzw. diese anstelle des zahnlosen Schweizer Datenschutzgesetzes geniessen. Das Datenreduit Schweiz ist ein Mythos, den unsere Firmen gerne bedienen – Datenschutz «sells» –, aber es existiert leider nicht. Das Problem mit dem US CLOUD Act werden wir mit der Motion GR Nr. 2025/433 sicher noch detaillierter und seriöser besprechen. Dieses Postulat in der Budgetdebatte zu Schutz & Rettung wird dem Problem nicht gerecht und wir lehnen es deswegen ab.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt das Postulat mit oder ohne Textänderung ab. Die Textänderung verschlimmert die Sache allerdings deutlich. «Sämtliche Daten» ist unrealistisch. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der Europa den Technologiezug verpasst hat. Ich wünschte auch, dass wir alles in der Schweiz zur Verfügung hätten und daran arbeiten wir. Aber im Moment sind wir auf ausländische Anbieter angewiesen. Den US CLOUD Act gab es schon vor dem Clown im Weissen Haus.

Flurin Capaul (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Wir haben eine Motion eingereicht, die das Thema digitale Souveränität gesamtheitlich betrachtet



und die erwähnten Punkte aufgreift. Wir haben auch eine Textänderung, indem wir das Wort «sämtliche» durch «schützenswerte» ersetzen und «ausschliesslich» streichen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie schützenswerte Daten der Stadt Zürich (...) künftig auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen.»

Michael Schmid (AL): Das Postulat im Original wäre wirkungslos. Auch nach den Textänderungen geht es nur um Datenschutz und nicht um Datenverfügbarkeit. Für letzteres müssten wir ergänzen, dass auch die Zugangssperrung nicht möglich sein soll. Es macht keinen grossen Unterschied, ob wir das Postulat überweisen oder wie fest der Stadtrat es prüft. Die umfassende Motion GR Nr. 2025/433 fordert den Stadtrat auf, einen konkreten Plan innert zwei Jahren vorzulegen, wie die Problematik angegangen werden soll. Er darf einen Umsetzungshorizont vorsehen, aber klar ist, das Firmen wie Microsoft oder SAP mit dem Geschäftsmodell in Zürich keine Zukunft haben.

S. 239	25 2550 3133 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
		Schutz & Rettung				
		Informatik-Nutzungsaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
050.	Antrag Stadtrat			435 500	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne)
		333 500		102 000	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung: Die Mittel, die im Budget 2026 im Zusammenhang mit der Einführung oder dem Betrieb Cloud-basierter Lösungen eingestellt sind, sind zurückzustellen (EBAK: Fr. 115 000.–, First Responder App: Fr. 70 000.–, DiEL: Fr. 140 000.–, Planiklösung ELS [Dienstplanung]: Fr. 8 500.–). Grund ist das scheinbar mangelnde Bewusstsein für die Verfügbarkeitsproblematiken der Cloud von US-Anbietenden, besonders bei sicherheitsrelevanten Notfalldiensten (siehe zum Beispiel Recherche von Adrienne Fichter auf dnip, «Microsoft-Report Teil III», 21. Mai 2025).				

Michael Schmid (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.



Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 242	25 2550 520000 5200 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Schutz & Rettung Anschaffung Software Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				4 565 000 Mehrheit -245 000 N	Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne)
			100 000		4 220 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobern- heim (GLP)
		Begründung:	Sistierung des laufenden Projekts (Wechsel in Cloud-Lösung) auf dem Serviceportal von Schutz & Rettung (SRZ). Die Auslagerung der digitalen Einsatzunterstützung ist zu stoppen, aus demselben Grund wie beim vorherigen Antrag.			

Michael Schmid (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

5562. 2025/572
Postulat der SVP-Fraktion vom 03.12.2025:
Speicherung und Verarbeitung sämtlicher Daten der Stadt auf Rechenzentren, die
auf Schweizer Territorium stehen und dem schweizerischen Recht unterliegen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 050.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5502/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.



6 / 6

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sämtliche Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ausschliesslich auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen. Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.

Flurin Capaul (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~sämtliche~~ Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ~~ausschliesslich~~ auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen.

Johann Widmer (SVP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~sämtliche~~ Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ~~ausschliesslich~~ auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen. Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 98 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat